

# Amts- und Anzeigebblatt

für den Amtsgerichtsbezirk Eibenstock und dessen Umgebung

Bezugspreis vierteljährl. M. 1.50 einschließl. des „Illustr. Unterhaltungsblatts“ und der humoristischen Beilage „Seifenblasen“ in der Expedition, bei unseren Boten sowie bei allen Reichspostanstalten.

**Tageblatt** für Eibenstock, Carlsfeld, Hundshübel, Neuheide, Oberstüngen, Schönheide, Schönheiderhammer, Sosa, Unterstüngen, Wildenthal usw.

Erscheint täglich abends mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage für den folgenden Tag. Anzeigenpreis: die Kleinspaltige Zeile 12 Pfennige. Im amtlichen Teile die gespaltene Zeile 30 Pfennige.

Tel.-Adr.: Amtsblatt.

Verantwortlicher Redakteur, Drucker und Verleger: Emil Dannebohn in Eibenstock.

Sernsprecher Nr. 210.

Nr. 220.

Donnerstag, den 22. September

1910.

## Landtagsabgeordneter Opitz über die innere Lage in Sachsen.

Auf der Hauptversammlung des konservativen Vereins zu Gerlasgrün sprach am Sonntag der Vizepräsident der Zweiten sächsischen Ständekammer, Herr Geh. Hofrat Opitz. Er führte u. a. aus: Wer die Verhältnisse einigermaßen mit Aufmerksamkeit verfolgt, dem kann es nicht entgehen, daß unser engeres Vaterland gegenwärtig wenn schon nicht gerade einer Katastrophe entgegensteht, so doch an einem bedeutsamen Wendepunkt seiner inneren Geschichte angekommen ist. Bis zum Jahre 1903 waren die bürgerlichen Parteien in Sachsen nahezu ein Jahrzehnt im Kampfe gegen die Sozialdemokratie zusammengewandert. Es war dies die Zeit des Kartells, das sich sowohl auf die Reichstags- wie die Landtagswahlen erstreckte. Dann kam die Zeit der Reichstagswahl von 1903, bei der bekanntlich die sächsischen Reichstagsparteien bis auf einen an die Sozialdemokratie verloren gingen. Die ganze Schuld für den schlechten Ausgang der Reichstagswahlen wurde auf das Kartell geworfen. Der Kampf wurde unter Aufkündigung des Kartells von Seiten des Linksliberalismus nicht mehr gegen den früheren Feind, die Umsturzpartei, sondern gegen den Konservatismus geführt. Der Grund für diese Schwendung des Liberalismus lag aber in Wirklichkeit keineswegs im Kartell. Man warf der Regierung und der damals im Landtage maßgebenden konservativen Partei nicht bloß Mangel an der nötigen Unterstützung der Industrie vor, sondern bezichtigte sie oft der Industrie Feindschaft. Hier tat man der Regierung wie den Ständen unrecht. Tatsächlich kann es keine Regierung geben, die mehr von der hohen Bedeutung der Industrie überzeugt ist und sie nach allen Seiten hin fördert, als die sächsische. Trotzdem kamen die Linksliberalen nicht davon ab, das bis dahin unter den Ordnungsparteien bestehende Kartell aufzulösen und nun Schulter an Schulter mit der Sozialdemokratie den schärfsten Kampf gegen den früheren Bundesgenossen, den Konservatismus, zu führen.

Redner kam weiter zu sprechen auf das Wahlrecht und den Kampf, der vom Linksliberalismus in der Presse, in den Versammlungen und im Landtage gegen die konservative Partei geführt worden ist. Um Agitationsmittel in Sachsen, wo geordnete Verhältnisse in jeder Hinsicht bestehen, zu finden, wurde die schon erwähnte Behauptung der Industrie Feindschaft der Regierung und der Mehrheitspartei im Landtage aufgestellt. In Sachsen predigen aber jede Stadt und auch viele Dörfer von der glänzenden Entwicklung, die die Industrie genommen. Nicht viel anders stand es mit dem Vorwurf der konservativen Miswirtschaft auf finanziellen Gebiet, wobei für die Linksliberalen als Agitationsmittel auch das damalige Wahlgesetz mit herhalten mußte. Es gebrach eben an Agitationsmaterial. Der Ausgang des Wahlkampfes entsprach dem völlig. Die nationalliberale Partei war selbst um vier Mitglieder schwächer in den Landtag eingezogen, als im vorhergegangenen, die freisinnige Partei war von 3 auf 8 gestiegen und die sozialdemokratische Fraktion, die im letzten Landtage aus einem Mitgliede bestand, wäre bei einem Paar die stärkste in der Kammer geworden, ist aber auch ohnedies in allen Fragen, in denen die bürgerlichen Parteien auseinandergingen, gegenwärtig tatsächlich die ausschlaggebende Fraktion. Die Nationalliberalen konnten deshalb auch keinen ihrer liberalen Gedanken vertreten, ohne sofort vom Freisinn und der Sozialdemokratie übertrumpft zu werden. Der Redner kam nun auf die Reform der Ersten Ständekammer zu sprechen, auf die Steuerfragen, Reform des Religionsunterrichts und auf andere Gebiete, die im letzten Landtage besprochen und beraten wurden. Man könne nach Lage der Sache wohl nicht sagen, daß die nationalliberale Partei ihre schwierige Aufgabe im letzten Landtage mit hervorragendem Geschick gelöst hätte. Aber man müsse gerecht sein und anerkennen, daß eine Lösung dieser Aufgabe auch geschickteren Händen nicht möglich gewesen wäre. Es liege auf der Hand, daß es in unserm engem Vaterlande zur Verwirklichung liberaler Forderungen neben der sozialdemokratischen doch wahrlich nicht noch weiterer Opposition bedarf, daß vielmehr im Gegenteil schon lange der Zeitpunkt gekommen ist, wo die staatsverhaltenden Parteien sich zusammen tun müssen, um einer überstürzten Entwicklung nach links entgegenzutreten, wenn nicht Staat und Gesellschaft dem Abgrunde zuge-

trieben und vor allem die Industrie über kurz oder lang den bedenklichsten inneren Krisen ausgesetzt werden soll. Es sei also alles in allem ein unerfreuliches Bild, das gegenwärtig die inneren Verhältnisse Sachsens bieten. Wie dem aber auch immer sei, so könne die Regierung und das Land bei diesen Bemühungen, unheilvollen Bestrebungen jeglicher Art einen wirksamen Damm entgegenzusetzen, auf die konservative Partei bestimmt zählen.

## Tagesgeschichte.

### Deutschland.

Die Kommission des Reichstages für die Reichsversicherungsordnung und die Justizkommission haben am Dienstag ihre Beratungen wieder aufgenommen.

Neue Steuern? Einer Blättermeldung zufolge soll die Staatsministerialkommission, die am Montag unter Vorsitz des Reichsfinanzministers stattfand, sich mit der Aufstellung des neuen Etats bezw. mit der Frage der Eröffnung neuer Steuerquellen beschäftigt haben. Demgegenüber ist die „Neue vreußische Korrespondenz“ auf Grund authentischer Informationen in der Lage, festzustellen, daß die Regierung werde im Laufe der nächsten Zeit mit neuen Steuerforderungen an die Volksvertretung herantreten, unbegründet ist. Wenn es sich auch bestätigen dürfte, daß die Ergebnisse der letzten Reichsfinanzreform hinter den gehegten Erwartungen zurückblieben, so werden voraussichtlich entsprechende Abstriche in den verschiedenen Ressorts die Bilanzierung des Etats ermöglichen.

Dernburg, freisinniger Reichstagskandidat. Der Abgeordnete Wiemer erklärte in einer liberalen Versammlung in Nordhausen unter stürmischem Beifall, Dernburg habe sich ihm gegenüber zur Übernahme einer freisinnigen Reichstagskandidatur bereit erklärt. Dieser Entschluß Dernburgs wird nicht allzu sehr überraschen. Freisinnige Anschauungsweise, in der der frühere Kolonialsekretär groß geworden war, war mit ihm so eng verwachsen, daß sie auch während seiner kolonialamtlichen Tätigkeit deutlich genug erkennbar wurde. Immerhin kann man nach der ministeriellen Periode dem Erscheinen des Herrn Dernburg im höchsten Gewande des Reichstagsabgeordneten mit einiger Spannung entgegensehen.

Eine Absage der Heeresverwaltung an Zeppelin? Den „Berl. N. N.“ wird aus Köln geschrieben: Obgleich die letzten Unfälle, welche die Zeppelinballons betroffen haben, das Vertrauen auf die Verwendbarkeit dieser Ballons im Kriegsfalle nicht erschüttern konnten, neigt man doch in militärischen Kreisen der Auffassung zu, daß es ratsamer sei, sich nach französischem Muster der Flugzeuge zu bedienen. Man ist darin einig, daß durch diese Unfälle unter keinen Umständen das starke System verurteilt werden darf. Indessen dürfte schon aus dem Grunde militärischerseits der Ankauf eines weiteren Zeppelinluftschiffes unterbleiben, als die Kosten für die Erwerbung einer Anzahl solcher Ballons zu hoch würden. Für den Kriegsfall müßte aber eine große Anzahl bereit gestellt sein, da man mit Vernichtung eines Teiles dieser Ballons rechnen muß, die nur eine Höhe von 6-700 Metern erreichen dürfen, um im Kriegsfalle ihrer Aufgabe noch gewachsen zu sein. Vor einiger Zeit hat unter Vorsitz des Inspektors der Verkehrstruppen, Generals von Lynder, in Berlin eine Tagung der Kommission stattgefunden, die zur Ergründung der Ursachen des Weiburger Zeppelinunglücks eingesetzt ist. Die Beratungen wurden streng vertraulich geführt.

In Köln wurde am Dienstag das Reiterstandbild Kaiser Wilhelms II. feierlich enthüllt und gleichzeitig der Schlussstein zu der neuen Dombrücke gelegt.

### Oesterreich-Ungarn.

Kaiser Wilhelm in Wien. Dienstag früh um 9 Uhr 15 Minuten fuhr am Bahnhof Heldenplatz Kaiser Franz Josef in der Uniform eines preußischen Generalfeldmarschalls mit dem Generaladjutanten Grafen Paar vor, vom Publikum stürmisch begrüßt. Als der kaiserliche Sonderzug auf dem Bahnhofe eingefahren war, trat Kaiser Franz Josef an die Tür des Salonwagens, dem Kaiser Wilhelm in der Uniform eines österreichisch-ungarischen Feldmarschalls entstieg. Die Majestäten reicheten sich herzlich die Hände, küßten sich zweimal und sprachen mehrere Minuten angelegent-

lich miteinander. Kaiser Wilhelm stellte dem Kaiser Franz Josef die Herren seines Gefolges vor und schritt dann zu den Erzherzögen, die in einer Reihe Aufstellung genommen hatten. Gegen 7/10 Uhr begaben sich die Monarchen zu den Wagen. Kaiser Wilhelm nahm rechts von Kaiser Franz Josef Platz, worauf unter brausendem Jubel des Publikums und dem „Heil Dir im Siegerkranz“ einer Knabenkapelle die Abfahrt nach Schönbrunn erfolgte. Die Erzherzöge und die anderen hohen Herrschaften folgten. Kaiser Wilhelm verließ zuerst den Wagen und half Kaiser Franz Josef beim Aussteigen. Kaiser Wilhelm begrüßte dann den Statthalter, den Polizeipräsidenten und den Bürgermeister und nahm die Vorstellungen der zur Aufwartung erschienenen Generale entgegen. Nunmehr begaben sich die Majestäten in das Schönbrunner Schloß. Im Maria Theresia-Zimmer empfing Kaiser Wilhelm den Minister des Aeußern Grafen von Lehrenthal, die obersten Hofchargen usw. Um 11 Uhr vormittags empfing der Kaiser eine Offiziers-Deputation des 1. und 1. Husaren-Regiments Wilhelm II., Deutscher Kaiser und König von Preußen Nr. 7, welche dem Kaiser aus Anlaß des 25jährigen Inhaber-Jubiläums die Glückwünsche des Regiments und einen vom Offizierkorps gewidmeten Ehrensäbel überreichte. Der Kaiser erwiderte das Geschenk durch Ueberreichung einer goldenen Bowle im Empirestil mit eingravierter Widmung. Kaiser Wilhelm hat an eine Reihe von hohen Militärs Ordensauszeichnungen verliehen, u. a. den Schwarzen Adlerorden dem General der Kavallerie Grafen Uexvüll-Gyllenband. 1/21 Uhr mittags fand im Maria Theresia-Zimmer ein Dejeuner statt, dem die beiden Majestäten und die Mitglieder des Kaiserhauses mit den Suiten beizwohnten. Kaiser Franz Josef hat Kaiser Wilhelm die von ihm zu seinem 80. Geburtstag gestiftete Plakette, welche er bisher nur an Mitglieder des österreichischen Kaiserhauses vergeben hatte, in Gold verliehen. — Der Stadtrat hat einstimmig beschlossen, den Parkring „Kaiser Wilhelm-Ring“ zu nennen. — Der Kaiser schmückte nachmittags in der Kapuzinergruft die Särge der Kaiserin Elisabeth und des Kronprinzen Rudolf mit prachtvollen Kränzen und verweilte einige Zeit im Gebet an den Särgen.

Frag, 20. September. Heute begannen hier unter Vorsitz des Statthalters Grafen Coubenhove die von der Regierung eingeleiteten Verständigungsverhandlungen, an welchen sämtliche deutschen und tschechischen Parteien des Landtages teilnahmen. In der Konferenz wurde eine Einigung erzielt. Der Landtag wird für nächsten Dienstag einberufen.

### Rußland.

Petersburg, 20. September. Gleichzeitig mit dem „Berliner Tageblatt“ ist auch der „Frankfurter Zeitung“ das Postdebit entzogen worden.

### Frankreich.

Paris, 20. September. Aus Anlaß der bevorstehenden Einstellung der Rekruten hat die revolutionäre Jugend verfloßene Nacht Maueranschläge anbringen lassen, welche die Ueberschrift „Gallonierte Mörder“ tragen. Die Plakate geben die heftigsten Teile einer vom jetzigen Ministerpräsidenten Briand gehaltenen Verteidigungsrede wieder, die dieser im Jahre 1903 vor dem Schwurgericht des Departements Yonne anlässlich der Beurteilung eines Antimilitaristen verlesen hat.

### Türkei.

Konstantinopel, 20. September. Der türkische Minister des Aeußern hat nach mehreren Seiten hin die Existenz einer rumänisch-türkischen Militärkonvention entschieden in Abrede gestellt. Die türkische Presse fährt in ihrer Kritik dieser Nachricht fort, wobei allgemein die wärmste Sympathie für Rumänien zum Durchbruch gelangt. Das sehr verbreitete Morgenblatt „Jeune Turc“ sagt: Vielleicht ist die Nachricht von einer Entente mit Rumänien noch verfrüht, doch kann, was heute nicht der Fall ist, morgen Tatsache werden. Wir drücken unsere heftigsten Wünsche für die baldige Verwirklichung dieser Entente aus.

### Lokale und sächsische Nachrichten.

Eibenstock, 21. September. Guten Besuches hatten sich die gestern im „Deutschen Hause“ aufgetretenen Dresdner Viktoria-Sänger zu erfreuen. Was sie boten, war auch diesmal neu und dezent — von Anfang